NAEB nationale anti-EEG Bewegung (Stromverbraucherschutz)
13467 Berlin, Waldseeweg 28
Tel. 05241 702908
Fax 05241 702909
Mail info@naeb.info
Vorsitzender Heinrich Duepmann
stellv. Vors. Prof. Dr. H.-G. Appel
Kassierer Heinz Hofmann

.
Herr Dr. Guido Knott
E.ON AG
Postfach 301051
40410 Düsseldorf

01.05.2012

Ihre Antwort vom 3.4.12 an unseren Herr Prof. Dr. Appel – Schreiben an Ihren Vorstandsvorsitzenden

Sehr geehrter Herr Dr. Knott,

wir kommen Abwesenheitsbedingt erst heute auf Ihre schnelle Antwort vom 3.4.2012 an unseren Beiratsvorsitzenden Prof. Dr. Appel auf dessen Brief an Ihren Vorstandsvorsitzenden Dr. Teyssen zurück und bedanken uns herzlich hierfür.
Leider nehmen Sie jedoch weder zu seinen Fragen noch zu seinen Positionen Stellung sondern ziehen sich auf eine formal aus Unternehmenssicht durchaus nachvollziehbare Sicht zurück, wobei allerdings Ihre Forderung der Strompreisgleichschaltung auf EU-Basis durch einen wie Sie es formulieren "revitalisierten" Emissionshandel auf dem die Volkswirtschaften zerstörenden Deutschen Strom-Preislevel durchsichtig ist – es ist ansonsten eine Frage der Zeit, bis der von Ihnen als Mehrheit qualifizierte Bürger merkt, dass die Deutsche "Energiewende" eine Stromlüge ist.

Allerdings kritisieren wir insbesondere Ihre persönliche Position, Herr Dr. Knott, und auch die Ihres Vorstandsvorsitzenden Dr. Teyssen: Auch Sie beide sind als Staatsbürger bzw. hier tätige dem Deutschen Gemeinwohl verpflichtet und haben deshalb als thematisch sachverständige die Pflicht, den latenten ökonomischen und technischen Unfug evident und Kraft Ihrer Sachkompetenz der Öffentlichkeit klar zu machen, der da ist, mit Sonne und Wind zuverlässig und kostenmäßig vertretbar Strom machen zu wollen.
Wir sind gewiss, dass ausnahmslos **alle** verantwortungsbewussten Techniker Ihres Unternehmens uns bei ehrlicher Auskunft betreffend die Wertung "Unfug" zustimmen würden.
Immer mehr Länder der Welt sehen die Deutsche "Energiewende" mit großer Skepsis und wenden sich wiederum sicheren und preisgünstigen Verfahren zu – in den USA sind z.B. jetzt 4 neue Kernkraftwerke in Bau bzw. in der Startphase. Das Unternehmen GE z.B. hält Offshore, die zentrale Merkelsche Säule der "Energiewende", in den USA schlicht für zu teuer und steigt deshalb erst gar nicht in dieses Geschäft ein.
Als Anlage fügen wir noch den von uns handschriftlich an einigen Stellen als "absurd", "gibt es nicht", u.ä. bewerteten Text Ihres Vorstandsvorsitzenden gemäß seiner Formulierung im FTD-Artikel wie zur Verfügung gestellt bei.

Dieses Schreiben ist öffentlich in Anbetracht der von uns als volkswirtschaftlich unverantwortlich eingeschätzten Position Ihres Unternehmens. Sie finden es hier:
Kopie an wenige ausgewählte Redaktionen.

Mit freundlichen Grüßen

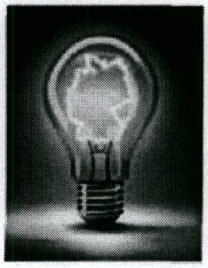
Heinrich Duepmann
NAEB, Vorsitzender

title Financial Times Deutschland
circulation 101.618
issue 30/03/2012
page 30

FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND

# Kämpfen im Verzweiflungsgebiet

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat ein bürokratisches Monster gezüchtet. Es wird Zeit, dass der Staat wieder Herr seines eigenen Projekts wird. Nur dann kann die Energiewende gelingen. **Ein Essay von Johannes Teyssen**



Es gibt so etwas wie das Paradoxon staatlicher Interventionen: Je häufiger und tiefer die Eingriffe, umso größer die Unsicherheit über deren Wirksamkeit. Selbstentmachtung durch Übersteuerung – aus diesem Dilemma führt nur Reduktion der Komplexität. Der Staat muss sich auf das konzentrieren, was er – und nur er – steuern muss und kann. Wenn er sich an die entscheidenden Hebel zurückzieht, kann er alles andere getrost der Selbstregulation der offenen Marktgesellschaft überlassen. Im Management der Energiewende ist dieser Punkt erreicht. Dafür sprechen alle Anzeichen.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat den erneuerbaren Energien in beispiellos kurzer Zeit zur Marktreife verholfen. Aber was für ein bürokratisches Monster ist inzwischen daraus entstanden? Heute gibt es über 4000 verschiedene Fördersätze für alle Arten, Anlagentypen und Altersklassen. Durch die Neuregelung bei der Solarenergie kommen jedes Jahr 50 neue Fördersätze dazu. Allein die Verwaltungskosten für die Abrechnung und Weiterleitung der Förderung erreichen bei Eon jedes Jahr rund 100 Mio. Euro – die am Ende, wie es das Gesetz vorsieht, der Stromkunde bezahlt. Wenn der Staat Gewinne zuteilt, macht er sich anfechtbar: Was ist ein gerechter Preis? Ist das Gleichheitsgebot beachtet? Wer soll mehr, wer weniger bekommen? Auch in regionaler Hinsicht: Bayern erhält 1 Mrd. Euro aus dem EEG, NRW zahlt 1,4 Mrd. Euro – der föderale Verteilungskampf hat bereits begonnen.

Das EEG ist das Verzweiflungsgebiet der deutschen Energiepolitik geworden: Ständig werden Korrekturen nötig, deren Nebenwirkungen wieder neue Korrekturen nötig machen – eine endlose Interventionsspirale, die mittlerweile auch die konventionelle Stromerzeugung erfasst hat. So führt jeder Eingriff zum nächsten, gebiert jede Subvention die nächste. Und der Klimaschutz? Der wird in den Mühlen der Interessenpolitik zu Feinstaub zerrieben.

Zugleich wollen sich immer mehr Haushalte und Kommunen aus der gemeinsamen Infrastruktur-Verantwortung verabschieden und energieautark werden. Auch der mit Solarstrom scheinbar autarke Haushalt braucht aber das Netz. Die technisch möglichen Speicherlösungen sind noch zu teuer und können allenfalls stundenweise ausgleichen. Strom aus dem Netz bleibt also für alle unverzichtbar. Den Kosten dafür sollte sich keiner entziehen können. Es wird ja auch niemand ernsthaft glauben, er könne zu Hause bleiben und dann seine Steuer um den auf Straßenbau entfallenden Anteil kürzen.

Es gibt also viele lose Enden einer Energiepolitik, die der Komplexität dieser großen Transformation der Energiesysteme nicht mehr gewachsen ist. Der Staat muss deshalb dringend seines eigenen Projekts wieder Herr werden, und zwar durch eine effizientere ordnungspolitische Rollenverteilung. Ich sehe hier vier Dimensionen:

Grundlegend ist die europäische Dimension. Der europäische Binnenmarkt vergrößert den Optimierungsraum auch für Energielösungen. Das Energiewirtschaftliche Institut an der Universität zu Köln (EWI) hat errechnet, dass sich durch die europäische Harmonisierung der sehr unterschiedlichen nationalen Systeme zur Förderung erneuerbarer Energien europaweit mindestens 10 Mrd. Euro pro Jahr bis 2020 einsparen lassen. Damit könnte man zehn Offshore-Windparks bauen – jedes Jahr!

Eng mit Europa hängt die marktwirtschaftliche Dimension zusammen: Bei klug gesetzten Rahmenbedingungen gibt es kein besseres Entdeckungsverfahren für effiziente Lösungen. Hinzu kommt die Dimension Innovation: Die Energiezukunft kann man nicht herbeisubventionieren; sie braucht technikoffene Entwicklungsräume. Einfach nur die Erneuerbaren Megawatt um Megawatt auszubauen – damit ist es beileibe nicht getan. Um sie in das Gesamtsystem zu integrieren, braucht es viele Innovationen wie neue Speicher, aktives Energiemanagement beim Kunden oder Smart Grids.

Und schließlich die Dimension Messbarkeit: Ein effizienter Ordnungsrahmen braucht konkrete Ziele nicht nur für Erneuerbare und Energieeffizienz, sondern auch für Beschäftigungserhalt, soziale Tragbarkeit der Kosten und Versorgungssicherheit.

Hier wäre etwa an folgende Indikatoren zu denken: Die Gesamtbelastung der Volkswirtschaft beziehungsweise der Kunden sollte das voraussichtliche EEG-Volumen für 2012 von rund 14 Mrd. Euro (oder gut 3,5 Cent pro KWh) nicht überschreiten. Es besteht weithin Konsens, dass hier eine Obergrenze erreicht ist. Die Beschäftigung in den energieintensiven Industrien sollte gehalten werden. Hier arbeiten derzeit 830 000 Menschen. Außerdem sollte die durchschnittliche Unterbrechung der Stromversorgung je Kunde 20 Minuten nicht übersteigen, unsere Versorgungssicherheit also auf dem hohen Niveau bleiben. Ein übrigens nicht zu unterschätzender Teil unserer Wettbewerbsfähigkeit.

Mit welchen Instrumenten sollte dieser Ordnungsrahmen arbeiten? Allen voran mit dem europäischen Emissionshandel (ETS) als marktverträglichem Leitsystem. Direkte Markteingriffe darf es nur ergänzend geben, ohne das Leitsystem zu untergraben. Allerdings beobachten wir seit einigen Jahren den schleichenden Niedergang dieses Instruments. Es wurde erdrückt in einem Umfeld wuchernder nationaler Dirigismen. Beim gegenwärtigen $CO_2$-Preis von unter 10 Euro je Tonne investiert niemand in die $CO_2$-Vermeidung. Die Europäische Kommission hat rund 30 Euro je Tonne erwartet, die Bundesregierung hat für ihren Klimafonds mit 17 Euro je Tonne im Jahr 2012 gerechnet. Nichts zeigt den Funktionsverlust des Emissionshandels deutlicher als die Tatsache, dass Braunkohle im Wettbewerb vorn liegt. Dies hat im vergangenen Jahr zu Mehremissionen von gut sechs Millionen Tonnen $CO_2$ geführt.

Ursache dieses Niedergangs ist zum einen die Rezession in Europa, deretwegen die Energienachfrage deutlich gefallen ist. Zum anderen auch die unerwartet stark wachsenden erneuerbaren Energien. Der allein in Deutschland geplante Zuwachs

völlig falsch

Es gibt keine adäquate Speichertechnik, vermutlich wird es die auch in Dekaden nicht geben

jeder verantwortungsbewußte Unternehmer versucht Fremdkosten von seinem Produkt fern zu halten

der Erneuerbaren wird schätzungsweise zu einer Vermeidung von 1,8 Milliarden Tonnen $CO_2$ zwischen 2008 und 2020 führen – das entspricht etwa dem Überschuss an Emissionsrechten, den die EU insgesamt hat, oder fast einer Jahresmenge im Emissionshandel.

Die $CO_2$-Mengen, die mit erneuerbaren Energien vermieden werden, vermindern den Bedarf an Emissionsrechten, senken so deren Preis und ermöglichen anderswo zusätzliche Emissionen. Ein Nullsummenspiel für das Klima, aber nicht für die Kosten der Klimapolitik. Während nämlich im Emissionshandel die Vermeidung einer Tonne $CO_2$ mit derzeit allenfalls 10 Euro bewertet wird, liegen die Vermeidungskosten im Fall von Wind bei gut 30 Euro (onshore) bis gut 60 Euro (offshore) und im Fall von Fotovoltaik bei 350 bis 400 Euro. Das sind nicht nur abstrakte Zahlen, sondern hier geht es ganz konkret darum, wie viel die Menschen am Ende für die Energiewende aufbringen müssen. Meine These: Wenn wir jetzt nicht handeln, wird es viel teurer als nötig.

In seiner gegenwärtigen Verfassung als trauriger Rest eines mit großen Hoffnungen verbundenen marktwirtschaftlichen Leitsystems kann der Emissionshandel die Klimaziele nach 2020 – wenn es erst richtig losgeht – nicht erreichen. Deshalb schlage ich vor, schon heute seine Perspektive auf 2030 zu erweitern und die Ausstattung mit Zertifikaten entsprechend anzupassen. Die längerfristig nötige Investitionsperspektive würde sich dann besser und verlässlicher in den heutigen $CO_2$-Preisen widerspiegeln.

Ein wieder funktionierendes ETS würde zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der Erneuerbaren relativ zur konventionellen Stromerzeugung deutlich verbessern. Dies dürfte allein schon ausreichen, um Wind onshore subventionsfrei zu stellen. Wind offshore ist zwar noch teurer als onshore, allerdings sehen wir hier jedenfalls bei unseren eigenen Anlagen eine Kostensenkung um 40 Prozent in den nächsten Jahren. Solange die Erneuerbaren noch Wettbewerbsnachteile haben, könnte man sie durch die Zuteilung von Zertifikaten aus dem ETS stützen.

Bei alldem muss der Grundsatz der fairen Verteilung der Kosten für Netze und Versorgungssicherheit gelten. Weil es sich dabei überwiegend um Fixkosten handelt, wäre eine „Flatrate" für alle Nutzer eine saubere Lösung – eine Art Pauschale für Versorgungssicherheit.

Natürlich diskutiere ich gern über andere Vorschläge, die Komplexität dieser großen Transformation zu beherrschen. Fest steht für mich allerdings: Mit immer mehr Reparaturmaßnahmen, mit immer mehr Ad-hoc-Korrekturen, mit immer mehr notdürftigem Flicken hier und da geht es nicht. Im Gegenteil: So werden die Probleme immer größer.

Wenn wir es in Deutschland mit der Energiewende und in Europa mit der Roadmap 2050 wirklich ernst meinen, kommen wir an einer grundsätzlichen Neuorientierung nicht vorbei. Ein revitalisierter Emissionshandel – ETS 2.0 – muss die Rolle des Treibers übernehmen. Dies ist die richtige Antwort auf die Skeptiker der Energiewende.

*Ständig werden Korrekturen nötig, deren Nebenwirkungen dann wieder neue Korrekturen nötig machen*

**E-Mail** leserbriefe@ftd.de
***Johannes Teyssen*** *ist Vorstandsvorsitzender der Eon AG*

**Es geht nicht um das Klima in 100 Jahren sondern um unsere heutigen industriellen Arbeitsplätze**

**eine unglaubliche Frechheit**

**Siehe Hinweis in unserem Schreiben auf Firma GE**

E.ON AG · Postfach 30 10 51 · 40410 Düsseldorf

Herrn
Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Vorsitzender des Beirats
Nationale anti-EEG Bewegung e.V.
Waldseeweg 28
13467 Berlin

**E.ON AG**
Political Affairs and
Corporate Communications
E.ON-Platz 1
40479 Düsseldorf
www.eon.com

Dr. Guido Knott
Senior Vice President
T 02 11-45 79-4 06
F 02 11-45 79-5 29
guido.knott@eon.com

3. April 2012

Sehr geehrter Herr Professor Appel,

Herr Dr. Teyssen hat mich gebeten, Ihnen für Ihr Schreiben vom 22. März 2012 zu danken und Ihnen zu antworten.

Die Energiewende ist vom Deutschen Bundestag mit großer Mehrheit und getragen von breiter Zustimmung der Gesellschaft beschlossen worden. Diese Grundentscheidung wollen und können wir als Energieunternehmen nicht infrage stellen. Damit ist die Umstellung der Energieversorgung auf ein weitgehend von erneuerbaren Energien geprägtes System der politische Rahmen, in dem wir uns unternehmerisch zu bewegen haben.

Natürlich bringen wir unsere Erfahrungen aus der Praxis in die Debatte ein. So hat Herr Dr. Teyssen bei verschiedenen Gelegenheiten – auch in der Talkshow bei Frau Illner – seine Ansicht erläutert, dass der Versuch einer politischen Detailsteuerung der Komplexität der Energiewende nicht gerecht werden kann. Er hat sich deshalb für einen konsistenten europäischen Ordnungsrahmen ausgesprochen, in dessen Zentrum ein revitalisierter europäischer Emissionshandel stehen sollte, was dann auch eine marktwirtschaftliche Reform des EEG ermöglichen würde. Wir halten dies für den besten Weg, die erneuerbaren Energien an den Wettbewerb heranzuführen.

Herr Dr. Teyssen hat seine Vorschläge ausführlich in der Financial Times Deutschland dargelegt. Sie finden diesen Artikel anbei.

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzender des
Aufsichtsrats:
Werner Wenning

Vorstand:
Dr. Johannes Teyssen
(Vorsitzender)
Jørgen Kildahl
Prof. Dr. Klaus-Dieter Maubach
Dr. Bernhard Reutersberg
Dr. Marcus Schenck
Regine Stachelhaus

Sitz: Düsseldorf
Amtsgericht Düsseldorf
HRB 22315

13467 Berlin
Waldseeweg 28
Tel. 05241 702908
Fax 05241 702909
Mail info@naeb.info
Vorsitzender: H. Duepmann
St.-Nr. 27/673/53364
Postanschrift siehe Adressfenster

Herr Dr. Johannes Teyssen
E.ON AG
E.ON-Platz 1
40479 Düsseldorf

26.03.2012

**ZDF Talkshow am 22.3.2012, öffentlicher Brief, vorab bereits per Email zugestellt**

Sehr geehrter Herr Dr. Teyssen,

Ihre Beiträge in der Talkshow haben mich enttäuscht. Sie waren der einzige Fachmann in der Runde. Aber Sie haben Ihre Kenntnisse und auch Ihre Stellung als Vorsitzender des größten Stromerzeugers in Deutschland nicht genutzt, um die Zuschauer sachlich über die Kosten und Risiken der derzeitigen Energiepolitik in Deutschland zu informieren. Dazu einige Beispiele:

Sie haben behauptet, ein offshore Windpark könne Strom für mehrere zehntausend Haushalte erzeugen. Dies ist falsch. Denn bei Flaute wird kein einziger Haushalt versorgt. Für jedes kW Windstromleistung muss daher ein Schattenkraftwerk in Bereitschaft stehen. Wenn Herr Röttgen oder die Moderatorin solche Aussagen machen, liegt das sicherlich daran, dass sie Leistung und Energie nicht auseinander halten können. Für Sie sollte dies kein Problem sein.

Der grüne Weltverbesserer der Talkrunde behauptete, der Solarstrom würde um die Mittagszeit den Strompreis an der Strombörse stark reduzieren. Bei starker Sonneneinstrahlung haben wir durch die vielen Fotovoltaikanlagen ein hohes Stromangebot und immer häufiger einen Überschuss, der über die Strombörse abgesetzt werden muss. Sie haben nicht darauf hingewiesen, dass der Erzeuger für den Strom eine Einspeisungsvergütung erhält, die im Mittel fünf mal höher ist als der Vermarktungspreis an der Strombörse. Die Differenz dürfen wir Stromkunden durch immer höhere Preise bezahlen. Von einer Strompreissenkung kann also keine Rede sein.

Auf die Feststellung, zurzeit liefe der Abbau oder die Verlagerung von 20% der industriellen Arbeitsplätze (ca. 2 Millionen) wegen zu hoher Energiepreise, gab es von Ihnen keinen Kommentar. Auch die Ausführungen von Umweltminister Röttgen, in den regenerativen Energiebereichen wären 380 000 neue Arbeitsplätze entstanden, wurden von Ihnen hingenommen, ohne auf die hohen Subventionen für diese Arbeitsplätze durch die Stromverbraucher hinzuweisen.

Haben Sie vielleicht zu diesem Thema geschwiegen, weil E.ON selbst dabei ist, viele Arbeitsplätze in das kostengünstigere Ausland zu verlagern?

Ihr Lavieren als Fachmann war wenig hilfreich für die Zuhörer. Viel sachlicher und richtig waren die Ausführungen von Herrn Maxeiner. Vielleicht sollten Sie diesen kenntnisreichen Mann als Pressechef Ihres Unternehmens gewinnen.

Die installierte Leistung zur Stromerzeugung aus Wind und Sonne hat inzwischen die verlangte Netzleistung erreicht. Bei Starkwind und bei starker Sonneneinstrahlung müssen immer häufiger Anlagen abgeschaltet werden, um das Netz nicht zu überlasten. Im letzten Jahr war dies nach Angaben in der FAZ vom 16.3. 2012 an 45 Tagen notwendig. Jedem Kind ist klar: Wenn weitere Anlagen dazu gebaut werden, müssen die Abschaltungen zunehmen. Trotz dieser einfachen Zusammenhänge plädieren Sie für einen weiteren Ausbau der Windenergie zur Stromerzeugung, die nicht gebraucht wird.

Viel sinnvoller ist die Forderung, das planwirtschaftliche und unsoziale Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) zu streichen. Nur so können wirtschaftliche Lösungen zur Nutzung regenerativer Energien entwickelt werden. Die derzeitige Subventionierung durch den Stromkunden mit immer höheren Strompreisen, die eine gesetzliche Umverteilung von unten nach oben darstellt und uns immer mehr wirtschaftliche Arbeitplätze kostet, kann nicht die Lösung der Zukunft sein.
Die nationale anti-EEG Bewegung fordert aus diesen Gründen die sofortige Abschaffung des EEG.
Wir laden Sie ein, diese Forderung zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Günter Appel
Beiratsvorsitzender NAEB e.V.

Kopie an Medien und unter http://www.NAEB.info/naeb6.htm